



LANDKREIS
ERDING

PROTOKOLL

öffentlich

Büro des Landrats
BL

Alois-Schieß-Platz 2
85435 Erding

Ansprechpartner/in:
Elfriede Mayer

Zi.Nr.: 209

Tel. 08122/58-1129
Fax 08122/58-1109
elfriede.mayer@ira-
ed.de

Erding, 28.11.2008
Az.:

6. Sitzung des Kreisausschusses am 10.11.2008

Anwesend und stimmberechtigt sind die Kreisräte:

Els, Georg

Gotz, Maximilian

Hofstetter, Franz Josef

i.V.v. KR Schwimmer Jakob

Lackner, Helmut

Mehringer, Rainer

Meister, Michaela

Peis, Hans

i.V.v. KR Knur Herbert

Scharf-Gerlspeck, Ulrike

Schmidt, Horst

Stieglmeier, Helga

Treffler, Stephan

sowie als Vorsitzender:

Bayerstorfer, Martin

von der Verwaltung:

Pelger Caroline

Gebauer Bernhard, Leiter Abt. 2

Eixenberger Anton

Euringer Anton (zu TOP 4)

Mayer Elfriede (Protokoll)

Centner Christina



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Ferner nehmen teil:

Herr Ammer, Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding (zu TOP 1)

Herr Dreier von der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung (zu TOP 2) und Herr Vögele, Geschäftsführer für die Fischer`s VerwaltungsGmbH

Herr Traber vom Krankenhaus Erding (zu TOP 2)

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 15:00 Uhr. Er stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde und Beschlussfähigkeit besteht. Ergänzungs- oder Änderungswünsche werden nicht vorgetragen. Somit gilt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil:

1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH; Bericht über die Geschäftstätigkeit
Vorlage: 2008/0424
2. Fischer`s Kreisaltenheim/Fischer`s Seniorenzentrum
Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse 2001 mit 2007
Vorlage: 2008/0418
3. Haushaltswesen
Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse 2005 und 2006 "DSD Landkreis Erding"
Vorlage: 2008/0411/1
4. Natur- und Landschaftsschutz
Landschaftsschutzgebietsverordnung "Isental und südliche Quellbäche"; Antrag des Marktes Isen auf Änderung der Schutzgebietsgrenzen im Hauptort Isen
Vorlage: 2008/0417
5. Bestellung der stellvertretenden Mitglieder für den Sportbeirat
Vorlage: 2008/0379/1
6. Bekanntgaben und Anfragen
 - 6.1 Anfrage zu MVV-Karten
 - 6.2 Anfrage zum Antrag bezüglich Energie



Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt sich der neue Leiter für die Abteilung 2 „Kommunales und Soziales“, Herr Gebauer, kurz vor.

**I. Öffentlicher Teil der Sitzung des Kreisausschusses
am 10.11.2008**

**1. Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis
Erding mbH
Bericht über die Geschäftstätigkeit
Vorlage: 2008/0424**

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding, Herrn Ammer, und bittet ihn um seinen jährlichen Bericht.

Herr Ammer erläutert den an die Kreisausschussmitglieder versandten Vorlagebericht und merkt an, in Erding werde derzeit ein Mietspiegel erstellt. Zurzeit werden Mieten von 5,26 €/qm bis 7,75 €/qm verlangt. Dafür gebe es für einige Wohnungen Zuschüsse bis zu 3 €/qm. Die billigsten Wohnungen in Erding haben einem qm-Preis von 4,75 €, in Dorfen werden 5,37 €/qm bis 6,29 €/qm und in Isen 4,33 €/qm bis 5,80/qm verlangt. Die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft habe in Erding, Dorfen und Isen insgesamt 130 Wohnungen errichtet. Die Mietpreise liegen deutlich unter den ortsüblichen Mieten. Das Projekt in der Karlsbader Straße sei 2006 fertig gestellt und die Finanzierung mittlerweile abgeschlossen. Die Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft habe ein höheres Darlehen von der Regierung bekommen als ursprünglich geplant war. Der Landkreis habe derzeit einen Anteil von 62,38 % an der Gesellschaft, weil drei Gemeinden aus der Gesellschaft ausgetreten seien. Es seien 16 Gemeinden beteiligt. Mittlerweile habe sich die Gemeinde Wörth bereit erklärt, einen Anteil zu übernehmen. Auch die Gemeinde Ottenhofen erwäge einen Beitritt.

Der Vorsitzende schlägt vor, nochmals mit der Gemeinde Wörth zu sprechen, ob sie eventuell zwei Anteile übernehmen würde.

Kreisrätin Stieglmeier berichtet, dass die Gemeinde Wörth darüber bereits im Gemeinderat entschieden habe.

Weiter merkt **Herr Ammer** an, die Ertragslage der Gesellschaft sei geordnet. Neben den Mieterträgen und Aufwendungszuschüssen des Landkreises Erding und der Regierung von Oberbayern stehen der Gesellschaft noch Zinserträge zur Verfügung. Der Jahresgewinn von 61.500 € werde zur Deckung des Verlustes aus dem Jahr 2004 verwendet.

Kreisrätin Stieglmeier fragt, ob aufgrund der verpflichtenden Energieausweise an den älteren Gebäuden energetische Sanierungen notwendig werden.

Herr Ammer antwortet, für alle Gebäude, außer dem Neubau, liegen Energieausweise vor. Er denkt, die Vorgaben seien bei der Ausschreibung



der Maßnahme enthalten. Bei allen Anlagen sei der Energieverbrauch besser als der Durchschnitt der Häuser in dieser Größenordnung. Er weist darauf hin, dass in der neuen Anlage und im Gebäude in der Karlsbader Straße die Versorgung mit Fernwärme sei.

Kreisrat Lackner fragt, wie hoch der Vermietungsgrad sei.

Herr Ammer berichtet, derzeit sei der Leerstand an Wohnungen ca. 8 %. Mittlerweile sei der Neubau überwiegend vermietet. Zurzeit stehen fünf Wohnungen frei. Für zwei Wohnungen haben bereits Bewerber Interesse angemeldet. Bei der Auswahl der Bewerber werde u.a. auch geprüft, ob die Miete gezahlt werden könne. Es werde generell eine Verdienstbescheinigung verlangt, die aber nicht immer aktuell sei.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Mehringer fragt, wie Herr Ammer den Bedarf für die nächsten Jahre beurteile.

Herr Ammer merkt an, im Stadtbereich Erding gebe es noch weitere Sozialwohnungen. Er sei froh, dass der Neubau vermietet werden konnte. Es gebe keine Warteliste. Er stehe mit Herrn Jankovsky vom Landratsamt, der für die Belegung der Sozialwohnungen zuständig sei, in Verbindung. In Erding, Dorfen und Isen seien die Sozialwohnungen fast immer belegt. In Erding sei derzeit kein Bedarf für ein neues Projekt vorhanden. In anderen Gemeinden des Landkreises könnte ein Bedarf möglich sein.

Der Vorsitzende berichtet, die Überlegung sei, Sozialwohnungen über den Landkreis zu verteilen, wobei in den kleinen Gemeinden aufgrund der Nachfrage keine große Maßnahme sinnvoll wäre. Derzeit liege ein Angebot auf Realisierung seitens der Gemeinde Sankt Wolfgang zur Prüfung vor. Dabei sei es die Vorgabe, dass die Gemeinden grundsätzlich die Grundstücke dem Landkreis unentgeltlich zur Verfügung stellen und dafür adäquat ein Belegungsrecht bekommen. Auch im Bereich der Gemeinde Taufkirchen/Vils werde überlegt, Sozialwohnungen zu schaffen. Gerade im östlichen Bereich des Landkreises sollte ein Angebot in einem kleineren, überschaubaren Rahmen, ähnlich wie in der Marktgemeinde Isen mit fünf bis acht Wohnungen geschaffen werden.

Kreisrat Gotz merkt an, die Stadt Erding habe das Grundstück in Erding zur Verfügung gestellt. Derzeit sei auch wegen der Sozialwohnungen in Sankt Paul und Am Keller kein Bedarf an neuen Sozialwohnungen. Zudem sei derzeit die Situation im Wohnungsbau schwierig. Er berichtet, die Stadt Erding habe vor kurzem Wohnungen im Einheimischen-Modell in der Herzogstandstraße gebaut und sie zu weit günstigeren Konditionen letztlich auf dem freien Markt verkauft, weil keine Nachfrage gewesen sei. Er denkt es sei wichtig, für kurzfristige Notwendigkeiten Sozialwohnungen zur Verfügung zu haben.

Kreisrat Els fragt, woher die Verbindlichkeiten gegenüber den Gemeinden kommen.

Herr Ammer sagt, in Isen habe die Gemeinde das Darlehen zum Bau der Sozialwohnungen zur Verfügung gestellt. In der Bajuwarenstraße habe der Landkreis für Bedienstete des Landkreises und Krankenhauses Mittel bereitgestellt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:



KA/0026-14

Dem Kreistag wird empfohlen, den Bericht über die Geschäftstätigkeit der Wohnungsbau- und Grundstücksgesellschaft im Landkreis Erding mbH zustimmend zur Kenntnis zu nehmen.

LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

**2. Fischer`s Kreisaltenheim/Fischer`s Seniorenzentrum
Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse 2001 mit 2007
Vorlage: 2008/0418**

Der Vorsitzende erklärt zur versandten Vorlage, von 2001 bis 2004 sei für die Verwaltung der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung das Krankenhaus, Herr Traber, zuständig gewesen. Ab 1.1.2005 habe die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung die Verwaltung übernommen.

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Traber.

Kreisrätin Stieglmeier fragt, warum die Bilanzsumme in den Jahren 2001 bis 2004 so viel niedriger geworden sei.

Der Vorsitzende antwortet, Herr Dreier werde das genauer erläutern.

Kreisrat Schmidt fragt nach der Begründung, warum die Jahresabschlüsse erst jetzt vorgelegt werden.

Herr Traber antwortet, in der Zwischenzeit habe sich die Angelegenheit mit dem Versicherungsschaden ergeben.

Der Vorsitzende ergänzt, der Versicherungsschaden sei bereits mitgeteilt worden und habe inzwischen positiv abgeschlossen werden können. Deshalb könne jetzt auch die Feststellung durchgeführt werden. Auf Wunsch werde er dazu im nichtöffentlichen Teil Näheres sagen.

Der Vorsitzende begrüßt den Geschäftsführer der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung, Herrn Dreier.

Herr Dreier erklärt, aus den damals erörterten Gründen sei der mit dem Landkreis Erding geschlossene Vertrag über die Betriebsführung mit der Abteilung 6, Sachgebiet 60, des Krankenhauses Erding über die Verwaltung und Betriebsführung des Fischer`s Kreisaltenheimes, jetzt Fischer`s Seniorenzentrum, geändert worden. Das Fischer`s Seniorenzentrum habe daraufhin eine eigene Betriebsführung aufgebaut. Unter anderem seien das Problem der Zahlung der Mehrwertsteuer auf diese Leistungen und auch die Umstrukturierung des Kreiskrankenhauses in ein Kommunalunternehmen gewesen.

Aus der Vorlage sei zu sehen, dass für die Jahre 2005, 2006 und 2007 Verluste von einer teilweise beträchtlichen Größenordnung verzeichnet worden seien, die jedoch als sog. Baunebenkosten bezeichnet werden können. 2005 sei der sog. Altbau des Hauses Katharina (Pflegerstation) generalsaniert worden. Dieses Vorhaben sei schon längere Zeit geplant und ad hoc angegangen worden. Die Sanierungsmaßnahme habe ca.



5 Mio € betragen. Es haben kurzfristig 96 Personen ausgelagert werden müssen. In den Modulen, die das Krankenhaus zur Verfügung gestellt habe, haben 44 Personen untergebracht werden können. 10 Personen seien anderweitig untergebracht worden. Die Zahl der Heimbewohner habe von 96 auf 54 Bewohner abgebaut werden müssen. Das sei nicht von heute auf morgen möglich gewesen. Freiwerdende Plätze seien nicht mehr belegt worden. Der Abbau der Heimplätze habe das ganze Jahr 2005 in Anspruch genommen und sei natürlich mit erheblichen Einnahmeverlusten verbunden gewesen. Gleichzeitig habe der Personalstand nicht abgebaut werden können, so dass sich die in den Jahren 2002 bis 2004 aufgetretenen Verluste gesteigert haben. Die Sanierungsmaßnahme habe 2006 nicht nur wegen der Einnahmeverluste durch die Reduzierung der Plätze deutlich zu Buche geschlagen, es seien auch die Kosten für die Anmietung der Patientenmodule hinzugekommen. Der Verlust 2005 auf 2006 war rd. 589.000 €. Die Maßnahme sei inzwischen abgeschlossen und hänge natürlich 2007 noch etwas nach, weil durch die Sanierungsmaßnahme nicht mehr die 94 Heimplätze zur Verfügung stehen. Auch durch die Reduzierung der 2-Bett-Zimmer auf größtenteils 1-Bett-Zimmer und durch die Schaffung neuer Funktionsräume stehen weniger Plätze zur Verfügung, obwohl auf der Personalseite nach wie vor ein belastender Überhang vorhanden sei. Deswegen sei auch 2007 ein Verlust von 284.000 € erwirtschaftet worden. Es zeige sich jedoch ein Lichtblick, weil eigentlich ein Verlust von 310.000 € eingeplant war. Herr Dreier merkt an, sein Nachfolger, Herr Vögele, könne 2008 voraussichtlich einen deutlichen Gewinnvortrag vornehmen. Ein positives Ergebnis, das teilweise durch eine außerordentliche Vertragssituation zustande kommen werde.

Kreisrat Mehringer fragt, nachdem von einem Überhang des Personals gesprochen worden sei, ob an Personalabbau gedacht sei.

Herr Dreier antwortet, Personal sei nicht abgebaut worden. Es werden lediglich frei gewordene Stellen nicht mehr besetzt. Es gebe keinen Überhang mehr an Fachkräften, wie es noch 2006 gewesen sei. Kostenmäßig drücke jedoch immer noch der Personalbestand des langfristig beschäftigten Stammpersonals. Das sei einerseits von Vorteil, aber natürlich auch belastend, weil dieses Personal nach dem BAT, der in den TVöD übergeleitet worden sei, entlohnt werde. Der BAT belohne ausdrücklich das Lebensalter und die Dienstdauer. Deshalb seien die Personalkosten auf einem hohen Level, der sich nicht kurzfristig ändern lasse, aber mittel- bis langfristig Bestandteil der Wirtschaftlichkeitsüberlegung sei.

Kreisrat Schmidt merkt an, er findet es nicht glücklich gewählt, wenn von Alterstarifen gesprochen werde. Es habe im öffentlichen Dienst Tarifverträge gegeben, die eine bestimmte Struktur gehabt haben, mit zum Teil geringeren Einstiegsraten. Deshalb könne nicht gesagt werden, dass das Alter belohnt werde. Er findet es auch nicht gut gewählt, wenn von belastendem Personalüberhang gesprochen werde. Es handle sich um Menschen, die eine hervorragende Arbeit leisten.

Weiter verweist er auf die letzte Seite im Vorlagebericht bei 2007. Es müsste beim Verlust (284.941,96 €) ein Minuszeichen stehen.



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Weiter stellt er fest, dass die Prüfung nicht mehr durch das Kreisrevisionsamt erfolge, sondern durch einen Wirtschaftsprüfer. Es sei seines Wissens damals festgelegt worden, dass der Prüfungsbericht dem Landkreis vorzulegen sei. In der Beschlussvorlage heißt es: „dass die Bilanzen und die Jahresrechnungen festgestellt und die Entlastung erteilt werden solle“. Er stellt fest, dass das Vorgelegte weder eine Jahresschlussrechnung noch eine Bilanz, noch der Bericht des Wirtschaftsprüfers sei. Insofern nehme er an, dass aufgrund der Vorlage eine Entlastung und Entscheidung des Kreisausschusses gar nicht möglich sei.

Herr Dreier antwortet, die von ihm gewählten Begriffe werden allgemein verwendet, jedoch habe er auch dafür Verständnis, wenn die Begriffe vom sozialen Verständnis her widerstreben.

Er merkt an, der Verwaltungsrat der Fischer's Wohltätigkeitsstiftung habe den Prüfbericht und den Jahresabschluss behandelt und habe diese mit seinem Votum an den Landkreis weitergeleitet. Die Dokumente liegen zur Einsicht auf.

Der Vorsitzende gibt den Prüfbericht an die Kreisausschussmitglieder zur kurzen Einsicht in Umlauf.

Kreisrat Schmidt merkt an, der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers sei dem Landkreis vorzulegen und der Kreisausschuss müsse darüber beschließen. Es sei ihm nicht möglich, dass er den Inhalt der Berichte und der Bilanz innerhalb von ein paar Minuten einsehen könne. Nach seinem Verständnis sei das kein sorgfältiges Arbeiten, das er akzeptieren könne. Er denkt, es sei in der Kreistagssitzung am 21.04.2008 intensiv darüber beraten worden, ob die Prüfung das Kreisrevisionsamt durchführen solle oder der Kreisausschuss sich auf einen Wirtschaftsprüfer verlasse, aber dann den Prüfungsbericht zur Kenntnis nehmen solle.

Der Vorsitzende weist darauf hin, es sei beschlossen worden, dass der Prüfbericht und die Bilanz zur Einsicht ausgelegt werden. Jeder Kreisrat hätte bei Interesse Einsicht nehmen können.

Kreisrat Peis schlägt vor, nachdem die Ergebnisse vorgetragen worden seien, der Entlastung zuzustimmen.

Er möchte wissen, wie sich die Situation 2008 trotz der haushaltsbelastenden Personalsituation darstelle.

Herr Dreier merkt an, mit der Inbetriebnahme des neuen Hauses 2006 sei intern überlegt worden, wie die sog. Sachkosten, ohne die Qualität zu verändern, reduziert werden können. Dabei sei festgestellt worden, dass eine eigene Wäscherei besser sei als die Fremdvergabe der Wäsche, was bei vielen anderen Häusern anders sei. Auch durch entsprechende logistische Maßnahmen im Küchen- und im hauswirtschaftlichen Bereich haben Neuerungen erzielt werden können.

Zudem werde durch außerordentliche Einnahmen das Ergebnis 2008 deutlich positiv beeinflusst. Wie die Planung für 2009 aussehen werde, kann noch nicht hundertprozentig vorausgesagt werden. Es sei beabsichtigt, dem Kreisausschuss den Wirtschaftsplan im Dezember zur Beratung vorzulegen. Es sehe so aus, dass im operativen Bereich einige



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Unwägbarkeiten enthalten seien, so dass voraussichtlich mit einer negativen Prognose zu rechnen sei. Er weist darauf hin, dass die Fischer's Stiftung verpflichtet sei, ihre gesamten Ertragsüberschüsse aus der Vermögensverwaltung dem Zweckbetrieb Fischer's Seniorenzentrum zur Verfügung zu stellen. Für Baumaßnahmen, Instandhaltungsmaßnahmen und Reparaturmaßnahmen an den Gebäuden werde jährlich ein nicht unerheblicher Betrag aus der Vermögensverwaltung zur Verfügung gestellt. Sollte die Stiftung nicht mehr leistungsfähig sein, müsste der Landkreis einspringen. Er stellt fest, dass die Gefahr jedoch nicht bestehe.

Der Vorsitzende verweist auf den Beschluss des Kreistages vom 21.04.2008. Im letzten Absatz sei beschlossen worden: „Außerdem wird der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers dem Landkreis zur Feststellung der Bilanz und der Jahresrechnung sowie zur Beschlussfassung über die Entlastung vorgelegt.“

Er stellt fest, von einem Mitversenden des Prüfungsberichtes an die Kreisausschussmitglieder sei hier nicht die Rede. Er berichtet, bei der Fischer's Stiftung sei die Situation, dass dieser Bereich der Nichtöffentlichkeit bedürfe. Eine Einsichtnahme sei ähnlich zu behandeln, wie nichtöffentliche Protokolle.

Kreisrätin Meister merkt an, ihr sei nicht bekannt gewesen, dass sie diese Unterlagen hätte einsehen können. Wenn dem so sei, sollte es die Möglichkeit zur Einsichtnahme noch geben. Sie stellt den Antrag, den Beschluss für die Jahre 2001 mit 2005 zu fassen und den Beschluss für die Jahre 2006 und 2007 in der nächsten Kreisausschusssitzung nachzuholen.

Kreisrat Gotz weist darauf hin, dass ein Procedere entwickelt werden und zum Beispiel ein nichtöffentlicher Teil zur Beratung vorgeschaltet werden sollte, damit der Prüfungsbericht vorab diskutiert werden könne. Eine andere Möglichkeit wäre, den Prüfungsbericht in der Sitzung an die Kreisausschussmitglieder zu verteilen und anschließend wieder einzusammeln, denn ein Wirtschaftsprüfungsbericht habe auch den Sinn, das eine oder andere zu betonen oder zu kritisieren oder eine Entwicklung gut zu heißen. Alles andere sei nicht zulässig und würde der Fischer's Stiftung Schaden im Wettbewerb zufügen.

Kreisrat Els stimmt dem Vorschlag von Kreisrat Gotz zu. Er denkt, wie die Kreisausschussmitglieder davon Kenntnis bekommen sei zweitrangig.

Zur Beschlussvorlage stellt er fest, dass in den Vorjahren bei der Deckung des Verlustes immer der Vermerk „Tilgung aus dem Gewinnvortrag“ und im Jahr 2007 erstmals der Vermerk „nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ stehe.

Der Vorsitzende denkt, es gehe konkret um die Frage, ob der Landkreis den Verlust zu tragen habe. Das sei nicht der Fall.

Herr Dreier merkt an, das Seniorenzentrum sei immer als eine separate Institution betrachtet und bilanzmäßig geführt worden. 2006 haben die Wirtschaftsprüfer festgestellt, dass das nicht ganz der Rechtslage entspreche. In der Satzung heißt es in einem Nebensatz: „Das



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Seniorenzentrum ist – obwohl Bestandteil der Stiftung – ähnlich einer Einrichtung des Landkreises zu führen und zu verwalten.“ Die Folge sei gewesen, dass die Stiftung das Wirtschaftsjahr habe ändern müssen, weil die Heimbuchführungsverordnung konkret festschreibe, dass das Wirtschaftsjahr das Kalenderjahr sei. Aus diesem Grund sei 2006 die Umstellung vorgenommen und der gesamte Heimbetrieb in das Wirtschaftsgefüge der Stiftung integriert worden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, der Landkreis habe keinen Bezug zur Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung. Das Ganze hänge mit den handelnden Personen zusammen. Das Stifterehepaar habe damals testamentarisch festgelegt, dass der jeweilige Landrat (damals Bezirksamtmann) die Besetzungen und Entsendungen aus der Mitte des Kreistages vorzunehmen habe und als Vorsitzender des Verwaltungsrates fungiere. Der Landkreis habe für den Fall, dass die Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung nicht mehr leistungsfähig wäre, die Defizithaftung des Heimbetriebes laut Vertrag zu übernehmen.

Herr Dreier berichtet, interessant sei, die Satzungsbestimmung stamme aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts und sei Ausfluss des Testaments der Stiftereheleute. Als er 1987 Verwaltungsratsvorsitzender der Fischer`s Stiftung geworden sei, habe er als erstes eine Rechlage gesucht. Es sei 1988 ein Vertrag mit dem Landkreis geschlossen worden. Die Formulierung habe bis heute Bestand.

Zum Prüfbericht merkt Herr Dreier noch an, dass der Wirtschaftsprüfer einen uneingeschränkten Prüfbericht erteilt habe, ohne Einschränkungen vorzunehmen.

Kreisrat Schmidt denkt, der Vorschlag von Kreisrat Gotz sei annehmbar, dass in nichtöffentlicher Sitzung Einsicht genommen werden könne, der Bericht vorgetragen und anschließend in öffentlicher Sitzung darüber der Beschluss gefasst werde. Er denkt, die Kreis Ausschussmitglieder sollten sich schon die Zeit nehmen, um diese wichtige Entscheidung treffen zu können. Der historische Hintergrund sei wirklich interessant. Er schlägt vor, heute den Beschluss für die Jahre 2001 mit 2005 zu fassen und in der nächsten Kreis Ausschusssitzung dann über die Jahre 2006 und 2007 zu entscheiden.

Der Vorsitzende denkt, es könnte im Anschluss in einem nichtöffentlichen Teil über die Jahre 2006 und 2007 noch beraten werden.

Kreisrat Schmidt schlägt vor, in der nächsten Kreis Ausschusssitzung die Unterlagen auszuteilen, damit sich die Kreis Ausschussmitglieder vorbereiten können und den Bericht anhand der ausgeteilten Unterlagen mit verfolgen können. Die Unterlagen könnten anschließend wieder eingesammelt werden.

Der Vorsitzende bringt daraufhin folgenden Vorschlag zur Abstimmung:

Die Bilanzen und Jahresrechnungen des Fischer`s Kreisaltenheimes/Fischer`s Seniorenzentrums für die Jahre 2001 mit 2005 werden mit den genannten Abschlusszahlen festgestellt, ferner wird die Entlastung erteilt.



Kreisrat Gotz denkt, es wäre interessant, den Beschluss durch den Juristen im Amt prüfen zu lassen, wie die Auslegung von der rechtlichen Situation her einzuordnen sei. Es wäre interessant zu wissen, ob es für die Beschlussfassung und Entlastung relevant sein könne, was der Wirtschaftsprüfer festgestellt habe. Es könnte durchaus sein, dass ein Kreisrat die Entlastung nicht erteilen möchte.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Diskussion nichtöffentlich zu führen. Es sei sonderbar, weil jedem Kreisrat die Einsicht möglich gewesen wäre. Aufgrund des Vertrages mit der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung habe der Landkreis die Entlastung zu erteilen, wenn keine Gründe entgegenstehen.

Kreisrat Gotz stellt fest, es gebe einen Beschluss, dass auch „der Prüfungsbericht des Wirtschaftsprüfers dem Landkreis zur Feststellung der Bilanz und der Jahresrechnung sowie zur Beschlussfassung über die Entlastung vorgelegt werde“.

Der Vorsitzende merkt an, im Beschluss vom 20.4.2008 des Kreistages sei nicht festgelegt worden, dass vorher ein nichtöffentlicher Teil vorgesehen sei. In einem nichtöffentlichen Teil könnte nur darüber informiert und kein Beschluss gefasst werden.

Kreisrat Schmidt denkt, wenn ein Prüfungsbericht vorgelegt werde, sei es die logische Konsequenz, dass das Gremium damit befasst werde. Zur Feststellung der Bilanz und Jahresrechnung und Beschlussfassung der Entlastung sei der Wirtschaftsbericht ein Kriterium.

Der Vorsitzende sagt, die Kreisausschussmitglieder haben die Bilanz und die Jahresrechnung des Fischer`s Kreisaltenheimes/Fischer`s Seniorenzentrums festzustellen. Es sei weder ein Bericht des Wirtschaftsprüfers zu prüfen oder zu überarbeiten oder festzustellen. Jeder Kreisrat habe die Möglichkeit sich zu informieren. Eine gemeinsame Information in einem nichtöffentlichen Teil wäre möglich, jedoch sei dies aufgrund des Beschlusses nicht Voraussetzung. Deshalb hätte er auch kein Problem darin gesehen, die Entlastung für die Jahre 2001 mit 2007 zu erteilen. Den Kreisräten sei die Einsicht in die Prüfungsberichte nicht verwehrt gewesen.

Kreisrat Els denkt, jeder Kreisrat habe ein Informationsrecht und sollte über das Ergebnis des Prüfungsberichtes informiert werden. Auch er habe nicht daran gedacht, dass er sich vorab hätte informieren können.

Kreisrätin Stieglmeier denkt, wenn sich bei der Wirtschaftsprüfung herausstellen würde, dass etwas nicht in Ordnung sei, könnte dem auch nicht zugestimmt werden und dies wäre auch ein Grund, die Entlastung nicht zu erteilen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, Herr Dreier habe bereits festgestellt, dass es für 2006 und 2007 keine Einschränkungen seitens des Wirtschaftsprüfers gegeben habe.

Kreisrat Schmidt denkt, es sei wichtig, das Procedere für die künftige Behandlung zu klären. Er denkt, der Prüfungsbericht habe schon eine



bestimmte Aussage und Qualität. Wie die aktuelle Situation zeige, sei ein gesundes Misstrauen gegenüber Wirtschaftsprüfer durchaus angebracht.

Kreisrat Peis denkt, wenn von der Mehrheit gewünscht werde, sollten die Jahre 2006 und 2007 nach der gewünschten Information in der nächsten Kreisausschusssitzung behandelt werden.

LANDKREIS
ERDING

Der Vorsitzende fragt, ob nach einer kurzen Erläuterung in einem nichtöffentlichen Teil der Beschluss für die Jahre 2006 und 2007 nicht doch noch gefasst werden könne.

Büro des Landrats
BL

Kreisrat Schmidt wünscht die Behandlung in der nächsten Kreisausschusssitzung.

Daraufhin stellt sich der neue Geschäftsführer der Fischer`s Wohltätigkeitsstiftung, Herr Vögele, den Kreisausschussmitgliedern vor.

Der Vorsitzende bringt erneut den bereits vorgetragenen Vorschlag zur Abstimmung:

KA/0027-14

Die Bilanzen und Jahresrechnungen des Fischer`s Kreisaltenheimes/ Fischer`s Seniorenzentrums für die Jahre 2001 mit 2005 werden mit den genannten Abschlusszahlen festgestellt, ferner wird die Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

3. Haushaltswesen

Feststellung und Entlastung für die Jahresabschlüsse 2005 und 2006 "DSD Landkreis Erding"

Vorlage: 2008/0411/1

Der Vorsitzende verweist auf den an die Kreisausschussmitglieder versandten Bericht.

Nachdem sich keine Fragen dazu ergeben bringt er folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

KA/0028-14

Dem Kreistag wird empfohlen, die Jahresabschlüsse 2005 und 2006 "DSD - Landkreis Erding" mit folgenden Abschlusszahlen festzustellen und die Entlastung zu erteilen:

Jahr 2005	
Bilanzsumme	1.398.823,72 €
Jahresverlust	10.765,11 €

Der Jahresverlust ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Jahr 2006	
Bilanzsumme	1.394.894,49 €
Jahresgewinn	40.072,90 €

Der Jahresgewinn ist auf die neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

4. Natur- und Landschaftsschutz
Landschaftsschutzgebietsverordnung "Isental und südliche Quellbäche"; Antrag des Marktes Isen auf Änderung der Schutzgebietsgrenzen im Hauptort Isen
Vorlage: 2008/0417

Der Vorsitzende verweist auf die an die Kreisausschussmitglieder versandte Vorlage und merkt an, von Seiten der Unteren Naturschutzbehörde sei die Änderung der Schutzgebietsgrenzen positiv beurteilt worden. Die ökologisch sensiblen Bereiche sollen weiterhin bleiben.

Kreisrat Peis stellt fest, das Thema sei bereits im Ausschuss für Struktur, Verkehr und Umwelt am 29.09.2008 behandelt worden. Wichtig seien der Schutz der Natur, aber auch gleichzeitig die Belange der Bürger. Aufgrund der Situation in der Gemeinde Isen sei keine andere vernünftige Lösung möglich.

Kreisrätin Stieglmeier denkt, eine intakte Umwelt sei auch im Interesse der Menschen. Wie aus der Vorlage zu entnehmen sei, seien auch Tennisplätze, etc. geplant. Sie möchte wissen, wie eine Erweiterung mit Parkplätzen, usw. geplant sei. Auch die Hochwasserproblematik würde sie interessieren. Aus dem beiliegenden Plan sei nicht ersichtlich, wo die Grenze des FFH-Gebietes verlaufe.

Herr Euringer antwortet, das FFH-Gebiet sei der Lauf der Isen östlich des geplanten Sportparks in einer Tiefe von etwa 25 m. Das FFH-Gebiet liege komplett weiterhin im Landschaftsschutzgebiet und werde von der Herausnahme der Fläche nicht beansprucht. Auch der westlich angrenzende Obermühlbach sei nach der Herausnahme komplett mit seinem Schutz-umfang im Schutzgebiet.

Kreisrätin Stieglmeier denkt, eine Beeinträchtigung sei schon gegeben, denn ein Teil befinde sich nach der Herausnahme der Fläche nicht mehr im Schutzgebiet.

Herr Euringer erklärt, Europäische Schutzgebiete seien anders zu sehen als die Bayerischen Schutzgebiete. In Europäischen Schutzgebieten gebe es einen Schutzzweck, z.B. bestimmte Arten und Pflanzen, die nur in dem Bereich vorkommen und nur die können bei einem FFH-Gebiet beeinträchtigt werden. Es gehe nicht um einen Flächenschutz an sich. Im FFH-Gebiet Isental seien als Schutzgegenstand eine Bachmuschel, ein kleiner Fisch (Koppe) und eine Schmetterlingsart. Diese seien von der Herausnahme der Fläche nicht betroffen. Es sei auch eine FFH-Verträglichkeitsabschätzung gemacht worden. Eine FFH-



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

Verträglichkeitsprüfung sei nicht erforderlich, weil das Schutzgebiet nicht mittelbar beeinträchtigt werde. Bei den Vorgaben, die vom Markt Isen vorgelegt worden sind, seien keine Auswirkungen auf die Schutzgüter im FFH-Gebiet zu erwarten. Es sei auch eine Summationsprüfung gemacht worden. Die Autobahndirektion Südbayern habe gebeten, zu prüfen, ob Summationswirkungen zu befürchten seien. Es könnte zwei Eingriffe geben, den Autobahnbau A 94 (im Abschnitt Forstinning – Heldenstein) und den Sportpark. Beide für sich ergeben keine erhebliche Wirkung. Eine Summationswirkung im Zusammenhang mit dem Bau der A 94 wäre schon aufgrund der räumlichen Distanz von ca. 6 Kilometern und der relativen Kleinflächigkeit des Änderungsverfahrens nicht zu erwarten.

Kreisrat Schmidt fragt nochmals nach den Auswirkungen der Parkplätze für den Gaststättenbetrieb und den Sportplatzbetrieb.

Herr Euringer weist darauf hin, es sei eine komplette Verlagerung der Sportaktivitäten geplant. Er zeigt dazu einen Lageplan und erklärt, bei der Herausnahme aus einem Landschaftsschutzgebiet sei die Realisierbarkeit eines Vorhabens zu prüfen. Das bedeutet, wenn der Sportpark mit den wichtigsten Trägern öffentlicher Belange nicht realisierbar sei, dürfe das Verfahren nicht durchgeführt werden, dies wäre rechtswidrig. Deshalb seien in dem Verfahren nicht nur die Träger öffentlicher Belange beteiligt worden, die für die Herausnahme wichtig seien, sondern auch die, die für die Sportparkgenehmigung wichtig seien. Im Wesentlichen seien das Wasserwirtschaftsamt München einbezogen worden, weil es sich um Flächen im Überschwemmungsgebiet der Isen handelt. Das Wasserwirtschaftsamt München habe keine Kriterien genannt. Auch emissionschutzrechtlich können die Bestimmungen für Sportanlagen eingehalten werden.

Er erklärt weiter, die Flächen werden derzeit landwirtschaftlich intensiv genutzt. Er zeigt den Bereich, in dem ein Vereinsheim mit Gastronomie, eine Kugelstoßanlage, Weitsprunganlage, Rasenspielfelder, ein Jugendspielplatz, Tennisplätze, usw. geplant seien. Für die Anlage gebe es auch ein städtebauliches Konzept, das der Markt Isen habe erstellen lassen. Dieser Standort sei aufgrund der Topographie in Isen alternativlos.

Kreisrat Mehringer fragt, ob dafür eine Ausgleichsfläche geschaffen werde.

Herr Euringer antwortet, es liege ein Einwand vom Bayer. Landesamt für Umweltschutz vor. Das Bayer. Landesamt für Umweltschutz stimme der Verlagerung zu, wenn das Schutzgebiet woanders erweitert werde.

Dieses Schutzgebiet sei jedoch nach fachlichen Kriterien abgegrenzt und könne nicht beliebig erweitert werden. Es werde jedoch zu einer Ausgleichsfläche kommen.

Kreisrätin Stieglmeier denkt, es würde mehr Sinn machen, wenn die Schutzflächen möglichst groß und zusammenhängend wären.

Herr Euringer merkt an, die Ausgleichsflächen, die vorgesehen seien liegen an der Isen und die Isen sei in dem Bereich begradigt und werde landwirtschaftlich genutzt. Beim Bau des Altenheimes, das dort vor einigen Jahren entstanden sei, sei ein großer Gewässerabschnitt schon



renaturiert worden (Altwässer geöffnet, usw.). Einige Bürgermeister haben ein Konzept mit Ausgleichflächen, so dass kein „Fleckerlteppich“ entstehe, sondern dass nach landesplanerischen oder landschaftsplanerischen Grundsätzen Gewässer renaturiert, Nebenbäche an Hauptgewässer angebunden werden, usw. Die Ausgleichflächen, die im Landkreis entstehen, liegen schon kompakt zusammen.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben bringt **der Vorsitzende** folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:
KA/0029-14

Büro des Landrats
BL

Dem Kreistag wird nachstehender Beschluss empfohlen:
Dem Antrag des Marktes Isen auf Änderung der Schutzgebietsgrenzen im Bereich des Hauptortes Isen wird nach eingehender Erörterung der vorgebrachten Einwände und dem nachstehend dargestellten Abwägungsergebnis zugestimmt. Die in beigefügter Karte zur Änderung der Verordnung des Landkreises Erding über das Landschaftsschutzgebiet „Isental und südliche Quellbäche“ im Bereich des Marktes Isen vom 25.01.2006 gekennzeichnete Fläche wird somit aus dem Schutzgebietsumgriff herausgenommen.

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 10 : 2 Stimmen.**
(Gegenstimme: KRin Stieglmeier, KR Treffler)

5. Sportbeirat

Bestellung der stellvertretenden Mitglieder für den Sportbeirat

Vorlage: 2008/0379/1

Der Vorsitzende merkt an, die Fraktionen haben folgende Vorschläge unterbreitet:

Die CSU habe für das ordentliche Mitglied
Heilmeyer Georg als Stellvertreter Oberhofer Michael,
für Scharf-Gerlbeck Ulrike – Kruppa Pamela und
für Dr. Bauer Thomas – Wegmaier Alexander genannt.

Für die SPD-Fraktion werde als Stellvertreter
für Slawny Manfred – Ways Rudolf benannt.

Die FW-Fraktion nennt als Stellvertreter
für Fischer Siegfried – Mehringer Rainer.

Kreisrat Peis weist darauf hin, dass die Nennung vorbehaltlich der Zustimmung in der heute Abend stattfindenden Fraktionssitzung der CSU erfolgt sei.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eventuelle Änderungen dann vorgenommen werden müssten. Daraufhin bringt er die Vorschläge zur Abstimmung:

KA/0030-14

Aus den Reihen des Kreistages werden folgende Kreisräte als stellvertretende Mitglieder für den Sportbeirat berufen:

- Wegmaier Alexander, Stellv. für Dr. Bauer Thomas



LANDKREIS
ERDING

Büro des Landrats
BL

- Oberhofer Michael, Stellv. für Heilmeyer Georg
- Kruppa Pamela, Stellv. für Scharf-Gerlspeck Ulrike
- Ways Rudolf, Stellv. für Slawny Manfred
- Mehringer Rainer, Stellv. für Fischer Siegfried

Abstimmungsergebnis: **Annahme mit 12 : 0 Stimmen.**

6. Bekanntgaben und Anfragen

6.1 Anfrage zu MVV-Karten

Der Vorsitzende erinnert, Kreisrätin Stieglmeier habe in der Kreisausschusssitzung am 20.10.2008 angefragt, ob es die gemeinsame MVV-Karte für den Landkreis Erding nicht gebe, weil der Landkreis Erding nicht in der Europäischen Metropolregion Mitglied sei.

Der Vorsitzende gibt bekannt, die Abwicklung beim Metropol-M-Ticket übernehme nach Auskunft die Deutsche Bahn und nicht der MVV. Somit fallen für den Landkreis keine Zusatzkosten an.

6.2 Anfrage zum Antrag bezüglich Energie

Kreisrätin Stieglmeier möchte wissen, ob die CSU-Fraktion, wenn Anträge gestellt werden, neue Wege gehe und eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit betreibe. Die Fraktion „Die Grünen“ habe immer gleichzeitig die Anträge der Verwaltung und der Presse zukommen lassen. Die CSU-Fraktion habe darauf immer empfindlich reagiert. Nun erfahre sie aber über Anträge zuerst aus der Presse. Sie möchte wissen, wann der Antrag auf „Erarbeitung eines Energiekonzeptes für den Landkreis Erding“ im Kreistag behandelt werden soll, denn die Ziele seien auch haushaltsrelevant.

Der Vorsitzende antwortet, der Antrag werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Struktur, Verkehr und Umwelt am 24.11.2008 behandelt.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben, beendet der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 16.40 Uhr.

Vorsitzender

Protokoll

Martin Bayerstorfer
Landrat

Elfriede Mayer
Verwaltungsangestellte